

Newsletter Oktober

Derzeit werden die Vorkehrungen für den Amtsantritt der neuen Europäischen Kommission getroffen. Der noch amtierende Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat am Dienstag Morgen in seiner emotionalen Abschiedsrede im Straßburger Plenum über die wichtigsten Ergebnisse seines Mandats gesprochen. Er schloss seine Rede mit den Worten: „Kümmern Sie sich um Europa. Kämpfen Sie mit aller Macht gegen den dummen und hartnäckigen Nationalismus. Es lebe Europa!“

Der genaue Zeitpunkt des Amtsantrittes von seiner Nachfolgerin Ursula von der Leyen steht noch nicht fest. Der Rat nimmt im Einvernehmen mit der gewählten Kommissionspräsidentin und auf der Grundlage von Vorschlägen der EU-Mitgliedstaaten eine Liste der Kandidaten für die Kommission an. Die designierten Kommissionsmitglieder erscheinen dann vor den jeweils für ihre künftigen Aufgabenbereiche zuständigen parlamentarischen Ausschüssen und werden durch die Abgeordneten zur Bewertung ihrer Kompetenz und Eignung für den Posten befragt.

Vom 30. September bis zum 8. Oktober fanden diese Anhörungen im Europäischen Parlament statt. Drei Vorschläge konnten das Parlament nicht überzeugen. Ungarn, Rumänien und Frankreich müssen nun neue Kandidaten nominieren, die dann von den Abgeordneten angehört werden können. Die gesamte Kommission muss mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen in namentlicher Abstimmung gewählt werden, nachdem die gewählte Präsidentin das Kollegium der Kommissare und ihr Programm dem Parlament vorgestellt hat. Es bleibt also spannend in Brüssel und Straßburg!

Anhörung von Josep Borrell im Auswärtigen Ausschuss

Am 7. Oktober habe ich in Brüssel die öffentliche Anhörung von Josep Borrell, dem designierten „Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik“, im Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament, geleitet.

Bevor die neuen Kommissionsmitglieder ihr Amt antreten können, führt das Europäische Parlament sogenannte „Hearings“ der vorgeschlagenen Kandidaten durch. Dabei wird geprüft, ob ihre Kompetenzen und Qualifikationen zu den für sie vorgeschlagenen Zuständigkeiten passen. Drei Stunden lang stellen die Abgeordneten 25 detaillierte und anspruchsvolle Fragen, die der Kandidat vorher nicht kennt.

Der amtierende Außenminister Spaniens wurde im Juli von den Staats- und Regierungschefs als Nachfolger von Federica Mogherini für das Amt des „EU-Außenministers“ vorgeschlagen. Für mich war die Anhörung eine Besonderheit. Denn es war das erste „Hearing“, das ich geleitet habe. Dieses Format kennen wir in der deutschen Politik nicht. Es hebt die Bedeutung des Europäischen Parlaments hervor. Die Abgeordneten haben Herrn Borrell auf Herz und Nieren geprüft und somit die Agenda der EU-Außenpolitik für die kommenden Jahre mitgestaltet. Herr Borrell hat sich klar für eine stärkere Rolle der EU in der Welt ausgesprochen.

Türkei muss Militäroffensive in Nordsyrien sofort beenden

Das Europäische Parlament hat am Mittwoch über die türkische Militäroperation in Nordostsyrien und deren Folgen diskutiert. Die weitere Entwicklung in Syrien hat unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheit und Stabilität Europas. Gerade nachdem die USA auf ihre gestaltende Kraft in Syrien verzichtet haben, ist es nur folgerichtig, dass Europa sich stärker einbringt. Deswegen ist der Vorstoß von Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer richtig, in Nordsyrien eine Schutzzone unter dem Dach der Vereinten Nationen einzurichten. In engem Schulterschluss mit unseren europäischen Partnern sollten wir jetzt eine Initiative in den Vereinten Nationen auf den Weg bringen. Dafür müssen auch Gespräche mit Moskau geführt werden, das Mitverantwortung für das tausendfache Leid in Syrien trägt. Denn Russland muss im UN-Sicherheitsrat letztlich zustimmen. Eines ist klar: Wenn es zu einer solchen Schutzzone kommt, dann muss diese auch durchgesetzt werden.

Meinen Redebeitrag während der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments von dieser Woche zur Lage in Syrien finden Sie [hier](#). Die heute abgestimmte EntschlieÙung finden Sie [hier](#).

Gemeinsam mit den Vorsitzenden der Auswärtigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages, der Parlamente Frankreichs und des Vereinigten Königreichs sowie des US Repräsentantenhauses habe ich diese Woche eine Erklärung veröffentlicht. Die Erklärung finden Sie [hier](#).

Ilham Tohti ist der Gewinner des diesjährigen Sacharow-Preises

Am Donnerstag hat der Präsident des Europäischen Parlaments, David Sassoli, den Preisträger des Sacharow-Preises für geistige Freiheit 2019 bekannt gegeben. Der uigurische Ökonom Ilham Tohti engagiert sich für die Rechte der uigurischen Minderheit in China. Er wirbt für den Dialog und tritt für die Umsetzung der Gesetze für regionale Autonomie in China ein. 2014 wurde er wegen Separatismus zu lebenslanger Haft verurteilt. Dennoch bleibt er eine Stimme der Mäßigung und Versöhnung. Seit 2017 wurden über eine Million Uiguren in China in Internierungslagern festgehalten.

Der nach dem russischen Physiker und politischen Dissidenten Andrej Sacharow benannte Preis wird jedes Jahr vom Europäischen Parlament vergeben. Die Auszeichnung wurde 1988 ins Leben gerufen, um Einzelpersonen und Organisationen zu ehren, die die Menschenrechte und Grundfreiheiten verteidigen.

Bilanz der Juncker-Kommission

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, hat am Dienstag in seiner Abschiedsrede im Europäischen Parlament in Straßburg über die wichtigsten Ergebnisse seines Mandats gesprochen. Die Europäische Union hat seit 2014 viel erreicht. Der Euro ist gesichert worden, wir haben eine effektive Finanzmarktaufsicht etabliert und mit 15 wichtigen Handelsabkommen in den aktuell schwierigen Zeiten für den Multilateralismus die Marktchancen europäischer Unternehmen befördern können.

Während der anschließenden Plenardebatte dankten die Abgeordnete dem Kommissionspräsidenten für seine Bemühungen in den letzten fünf Jahren bei den Wirtschafts- und Migrationskrisen und den Brexit-Verhandlungen, sowie dafür, dass soziale Fragen auf die Tagesordnung gesetzt wurden.

Sie lobten ihn auch dafür, dass er keine Kompromisse in Sachen Freiheiten eingegangen ist und die Steuerhinterziehung bekämpft hat. Einige hoben auch die Bemühungen der Kommission hervor, Investitionen zu fördern, den Binnenmarkt zu stärken und die Sicherheit der Energieversorgung zu gewährleisten.

Die Debatte finden Sie [hier](#).

Neue Initiative für ein faires Europawahlrecht

Auch mit der Unterstützung aus Niedersachsen gibt es einen Antrag an den nächsten CDU-Bundesparteitag am 22. und 23. November in Leipzig zum Europawahlrecht. Hierin wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgefordert, den vom Europäischen Parlament und vom Europäischen Rat am 13. Juli 2018 beschlossenen „Akt zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments“ baldmöglichst in den Deutschen Bundestag zur Ratifizierung einzubringen.

In der Begründung heißt es: „Die CDU Deutschlands steht für eine weitere Demokratisierung der Europäischen Union. Dazu müssen auch die Wahlen zum Europäischen Parlament transparenter und besser geregelt werden. Einige Beispiele: Undemokratisches Verhalten wie eine mehrfache Stimmabgabe muss verhindert werden. Die Listenaufstellungsprozesse in einigen europäischen Mitgliedstaaten müssen transparenter und demokratischer gestaltet werden. Diese und andere Verbesserungen, wie die Einführung einer Sperrklausel, sieht der auf europäischer Ebene beschlossene Rechtsakt vor. Daher ist er umgehend umzusetzen.“

Die Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien und Albanien werden vorerst nicht eröffnet

Auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs wurde die erforderliche Einstimmigkeit für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien nicht erreicht. Frankreich, Dänemark und die Niederlande hielten ihre Vorbehalte aufrecht. Frankreich begründet sein Veto mit Zweifeln an den Reformfortschritten der beiden beitragswilligen Länder und fordert vorab eine grundsätzliche Reform des Beitrittsprozesses.

Mit dieser Entscheidung ist zu befürchten, dass sich Nordmazedonien und Albanien mittelfristig China, Russland oder der Türkei zuwenden könnten, wenn ihre – innenpolitisch teils unpopulären Reformbemühungen – von der EU nicht gewürdigt und Versprechungen der EU nicht eingehalten werden. Der scheidende Kommissionspräsident Jean Claude Juncker sprach vor der Presse zu Recht von einem „großen historischen Fehler“. Der Europäische Rat will vor dem Gipfeltreffen EU-Westbalkan in Zagreb im Mai 2020 auf die Frage der Erweiterung zurückkommen.

Am Donnerstag haben wir in Straßburg eine Resolution verabschiedet. Diese finden Sie [hier](#).

EU-Investitionshaushalt für 2020: Ein Schub für den Klimaschutz

Am Mittwoch haben wir unseren Standpunkt zum EU-Haushalt 2020 festgelegt. Er soll „einen soliden Ausgangspunkt für den Start einer neuen Generation von Programmen“ der EU bieten. Das Parlament betont in einer EntschlieÙung, dass der EU-Haushalt 2020 für die Union „die letzte Möglichkeit bietet, der Erfüllung ihrer für diesen Zeitraum festgelegten politischen Verpflichtungen näher zu kommen, unter anderem der Verwirklichung des Klimaziels der EU“. Er sollte den Weg für den neuen langfristigen EU-Haushalt 2021-2027, den so genannten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), ebnen.

Wir haben den Haushaltsentwurf der Kommission um insgesamt mehr als 2 Milliarden Euro beim Klimaschutz aufgestockt. Darüber hinaus haben wir die Mittel für die Jugendbeschäftigungsinitiative (YEI) und die Erasmus+-Programme erhöht und zusätzliche Unterstützungen für KMU, Forschung, Digitalisierung, Migration und Außenpolitik, einschließlich Entwicklung und humanitäre Hilfe, beschlossen.

Ich finde: Die Abstimmung über den Haushaltsplan 2020 zeigt die Geschlossenheit des Parlaments und die Einigkeit der Fraktionen. Ehrgeizige Klimaziele und Umweltschutz können Hand in Hand gehen mit Programmen, die neue Arbeitsplätze schaffen, europäische Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Die vollständige EntschlieÙung finden Sie [hier](#).

Brexit

Die Beratungen zum britischen EU-Austritt ziehen sich weiter in die Länge. Nach der Verschiebung der Abstimmung über das Brexit-Abkommen im britischen Unterhaus am Samstag kam der bereits eingereichte Antrag aus London zum Tragen, die geltende Frist für den Austritt zum 31. Oktober auf den 31. Januar des kommenden Jahres zu verschieben. Nun beraten die EU-27, ob und wie sie der Fristverlängerung zustimmen wollen.

Die Regierung in London muss sich jetzt entscheiden, ob sie das laufende Ratifizierungsverfahren des Austrittsabkommens mit der EU über den 31. Oktober hinaus fortführen will. Dann wäre es eine technische Verlängerung der Austrittsfrist. Sofern sich eine grundlegend neue Lage ergibt, etwa weil Neuwahlen angesetzt werden, müsste die längere Frist bis zum 31. Januar in Betracht gezogen werden. Was vermieden werden muss, ist ein ungeregelter 'No-Deal Brexit'. Der Schaden für beide Seiten wäre bei diesem Szenario unverantwortlich hoch.

Interviews zum Brexit

Mit dem [ZDF](#), dem [Merkur](#) sowie dem [Handelsblatt](#) habe ich diese Woche zu den jüngsten Brexit-Entwicklungen gesprochen.

Meine Termine in den kommenden Wochen

- | | |
|-------------|---|
| 24.10.2019 | Vortrag bei der Casino-Gesellschaft, Oldenburg |
| 25.10. 2019 | Veranstaltung mit dem Bund der katholischen Jugend, Oldenburg |
| 04.11.2019 | Brexit-Veranstaltung der IHK, Düsseldorf |
| 07.11.2019 | Diskussionsrunde der Wirtschaftsjunoren, Oldenburg

Diskussionsveranstaltung anlässlich des Projekts "Begegnungen 2019 – United Kingdom", Oldenburg |
| 09.11.2019 | Vortrag beim Kolpingwerk, Hannover |
| 10.11.2019 | Frühschoppen der Wirtschaftsgilde, Bremervörde |